

BLITZLICHTER

Informationen aus der politischen Arbeit
in Berlin und für Bremen



Dr. Carsten Sieling

Mitglied des Deutschen Bundestages

In dieser Ausgabe:

Nr. 14 – 10. November 2011

„Bergfest“ - Zwei Jahre Mandat im Bundestag	2
Girokonto für alle jetzt durchsetzen!	3
Finanztransaktionssteuer beim G20-Gipfel in Cannes: Außer Spesen nichts gewesen	3
2. Norddeutschen Taxi- und Mietwagentag in Hannover eröffnet	4
Besucherguppen aus Bremen im September und Oktober	4
Potenziale ausschöpfen für Vollbeschäftigung	5
Zukunftsbranche Kultur- und Kreativwirtschaft fördern	5
Einladung zur Veranstaltung „Staatsschulden – Finanzkrise“	5
Terminübersicht	6

Impressum

ViSdP:
Dr. Carsten Sieling, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ 030 . 227 - 71596

✉ carsten.sieling.ma01
@bundestag.de

Sehr geehrte Damen
und Herren,
liebe Freunde,
liebe Genossinnen
und Genossen,



die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich auf eine Steuersenkung geeinigt. In zwei Schritten sollen 2013 und 2014 insgesamt sechs Milliarden Euro verteilt werden. Entgegen der Ansage profitieren hiervon nicht nur die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Ganz im Gegenteil.

Gutverdiener profitieren

Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler profitieren Gutverdiener wieder einmal am meisten: Ab einem Jahresgehalt von 56.000 Euro brutto soll im Jahr 2014 die Ersparnis bei 364 Euro jährlich liegen. Bezieher eines mittleren Einkommens in Höhe von 30.000 Euro können mit 167 Euro weniger Steuern rechnen.

Doch ein Geringverdiener mit 9.000 Euro Jahresgehalt spart nach Plänen von Union und FDP nur 54 Euro Einkommenssteuer.

Berliner Unsinn

Die vier Milliarden Euro, die der Bund allein für die Steuerentlastung aufbringen will, werden an anderer Stelle fehlen. Die SPD will das Geld für Schuldensenkung und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ausgeben. Bei mehr als 25 Milliarden Euro neuer Schulden dieses Jahr, gibt es keinen Spielraum für Steuersenkungen. Allein Bremen wird der beschlossene Unsinn 2013 rund zwölf Millionen und ab 2014 jährlich 23 Millionen Euro kosten. Deshalb ist es richtig, dass die Pläne der Bundesregierung im Bundesrat gestoppt werden sollen.

Herzliche Grüße,

Das Casino bleibt geöffnet

1.000 Mal probiert, 1.000 Mal ist nichts passiert. Das ist die beschämende Bilanz in Sachen Bankenregulierung, mehr als drei Jahre nach dem Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Von dem anfänglichen Ziel, „kein Markt, kein Akteur und kein Produkt darf unreguliert sein“, ist nicht viel geblieben. Statt dessen wird munter weiter gezockt, spekuliert und Kapital in gigantischen Mengen vernichtet.

Die aktuelle Schuldenkrise zeigt uns wieder einmal die hässliche Fratze des Finanzkapitalismus. Die schwarz-gelbe

Bundesregierung hat zu lange verantwortungslos gezögert und gezaudert. Die viertgrößte Wirtschaftsmacht hat in Sachen Regulierung ihre Kraft verschenkt.

Was wir aber brauchen, sind endlich durchgreifende internationale Reformen. Auf meine Initiative hin, hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag ihre Forderungen für eine Neuordnung des Finanzmarktes noch einmal zusammengefasst. Der Antrag ist [hier](#) abrufbar. Meine heutige Rede wird ab 11. November [hier](#) anzusehen sein.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Meine Aufgaben

Mitglied im

Finanzausschuss

Mitglied im **Gremium Sonderfonds Finanzstabilisierung** (SoFFin) • Mitglied im **Unterausschuss Kommunales** • Stellvertretendes Mitglied im **Haushaltsausschuss** • Stellv. Vorsitzender der

Arbeitsgruppe

Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion • Stellv. Vorsitzender der **Landesgruppen Niedersachsen/Bremen** • Stellv. Sprecher der **Parlamentarischen Linken**

Bei Fragen oder Anliegen sprechen Sie mich gerne an!

Kontaktdaten

Mein Büro in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ 030 . 227 - 71595
☎ 030 . 227 - 76212
✉ carsten.sieling@bundestag.de

Mitarbeiter:

Florian Leuthner
Johannes Tiefensee
Nils Kuhlmann
Max Podstawski

Mein Büro in Bremen:

Obernstr 39-43
28195 Bremen
☎ 0421 . 35 018 25
☎ 0421 . 35 72 83
✉ carsten.sieling@wk.bundestag.de

Mitarbeiter:

Gisela Waltemathe
Knut Köstergarten
Sercan Alkaya

„Bergfest“: Zwei Jahre Deutscher Bundestag

Gut zwei Jahre ist es her, dass mich die Bremerinnen und Bremer als ihren direkt gewählten Wahlkreisabgeordneten für Bremen-Stadt (WK 55) in den Deutschen Bundestag geschickt haben. Erstmals im Parlament saß ich am 27. Oktober 2009 zur konstituierenden Sitzung. Ich habe mich recht zügig eingefunden in die Berliner Verhältnisse. Die Jahre in der Bremer Bürgerschaft, vor allem als Fraktionschef, waren die richtige Grundlage.

Bremische Interessen vertreten

Der Unterschied ist vor allem, dass im Bundestag alles eine Nummer größer ist. Und dass ich viel mehr Zeit mit Reisen verbringe. Denn ich pendle ja zwischen den beiden Welten Bremen und Berlin, wo ich jeweils die Hälfte eines Monats verbringe. Bin ich in Berlin, wohne ich in der Bremer Vertretung, damit mein Mietzins wenigstens dem Bremer Landeshaushalt zufließt. Das ist ein schöner Nebeneffekt, um so auch Bremen zu nutzen. Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung ist hingegen eher zum Schaden Bremens. Dagegen habe ich mich in den zwei Jahren zur Wehr gesetzt und mich für den Erhalt der Städtebauförderung in bisheriger Höhe und gegen die Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik stark gemacht. Immer nach Gesprächen mit Betroffenen, um mir persönlich ein Bild von



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

der Lage vor Ort zu machen. Und im Bereich der Wissenschaft habe ich Akteure in Bremen mit unserem haushaltspolitischen Berichterstatter im Bundestag, Klaus Hagemann, an einen Tisch gebracht, damit die hervorragenden Forschungsinstitute weiterhin mit Bundesmitteln gut ausgestattet werden.

Praxistage und Veranstaltungen

Um in Bremen soziale Institutionen und Unternehmen ganz direkt in der täglichen Arbeit kennenzulernen, habe ich die Praxistage gestartet. Erste Stationen



führten mich ins Krankenhaus Links der Weser und zum ambulanten Pflegedienst Advertus (Foto). Und ich habe über die Fraktion

vor Ort Veranstaltungen wichtige Themen öffentlich diskutiert, etwa die bislang von Seiten der Bundesregierung fehlgeschlagene Regulierung des Grauen Kapitalmarktes.

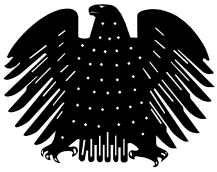
Experte für Finanzthemen

Diesen Freitag werde ich meine 26. Rede vor dem Plenum des Deutschen Bundestages halten. Es geht um unsere SPD-Vorschläge für eine wirksame Regulierung der chaotischen Finanzmärkte in Europa. Peer Steinbrück und ich sprechen für die SPD-Fraktion. Weitere wichtige Themen meiner Arbeit im Finanzausschuss sind: Anlegerschutz, Kommunalfinzen, Kreditklemme und Finanztransaktionssteuer. Letztere habe ich für die SPD-Fraktion auf den Weg gebracht, lange bevor sich auch die Bundesregierung in Bewegung setzte.

Ich denke, die Bilanz kann sich sehen lassen. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne die tolle Unterstützung meines Teams in Bremen und Berlin. Deshalb möchte ich mich ganz herzlich bei Gisela, Katja, Florian, Johannes, Knut, Max, Nils und Sercan bedanken.

Aktivitäten auf einen Blick

- 26 Reden
- 6 kleine Anfragen
- 5 Anträge
- 50 schriftliche und mündliche Fragen



Dr. Carsten Sieling, MdB

Zahl des Monats

55.500.000.000 Euro

Höhe der Fehlbuchungen bei der FMS Wertmanagement, der Bad Bank der im Jahr 2009 verstaatlichten Hypo Real Estate (HRE).

Finanzminister Schäuble behauptet zwar, dass alle offenen Fragen geklärt seien. Dennoch muss man sich fragen, was Leute in der Bankenbranche zu suchen haben, die offenbar nicht einmal die vier Grundrechenarten beherrschen.

Zitat des Monats

„Wir alle in diesem Haus kennen das Struck'sche Gesetz, dass kein Gesetz das Parlament so verlässt, wie es hingekommen ist. Bislang blieb un-erkannt, dass sich ein weiteres Gesetz eingeschlichen hat, nämlich das Merkel'sche Gesetz: Je bestimmter ich etwas ausschließe, desto sicherer kommt es am Ende doch“

Frank-Walter Steinmeier am 26. Oktober im Deutschen Bundestag im Rahmen der Debatte zur Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum Eurogipfel in Brüssel.

Girokonto für Jedermann endlich durchsetzen!

670.000 Menschen haben in Deutschland kein Girokonto. Sie haben damit große Probleme, ihre Miete, Strom und Wasser zu bezahlen. Sie können keine Steuern zahlen oder staatliche Leistungen erhalten. Die Bareinzahlung auf ein fremdes Girokonto lassen sich die Banken fürstlich vergüten: Mit fünf bis 15 Euro monatlich. Noch immer verweigern Institute Neukunden häufig die Einrichtung eines Girokontos, kündigen bestehende Konten bei Verbraucherinsolvenzen oder verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnissen der Kontoinhaber. Dabei hat sich deutsche Kreditwirtschaft schon im Jahr 1995 selbst verpflichtet, auf Wunsch ein Girokonto zur Verfügung zu stellen, sofern nicht schwerwiegende Gründe dagegenstehen. Passiert ist: Nichts.

P-Konto keine Alternative

Als Zwischenlösung wurde im Jahr 2010 das Pfändungsschutzkonto („P-Konto“) geschaffen. Damit bleibt den Menschen das pfändungsfreie Existenzminimum von derzeit 1028,89 Euro automatisch er-

halten. Aber auch diese Lösung hat die Erwartungen nicht erfüllt. Entgegen der Absicht des Gesetzgebers, Inhaber von P-Konten nicht stärker zu belasten als Inhaber eines gewöhnlichen Girokontos, ist bei einer Vielzahl von Bankinstituten die Kontoführung nach Umwandlung in ein P-Konto deutlich teurer als beim Girokonto. Die Kosten belaufen sich auf bis zu 25 Euro im Monat. Und das für Menschen, die sowieso schon wenig Geld haben. Das ist Abzocke! Und vor allem: Wer überhaupt kein Girokonto hat, dem nützt der Anspruch auf Umwandlung in ein P-Konto auch nichts.

Zeit zu handeln!

Die SPD-Fraktion wird deshalb im Dezember folgende Vorschläge zur Lösung des Problems in den Deutschen Bundestag einbringen: Gesetzlicher Anspruch auf ein Girokonto, Kostendeckel für P-Konten und Ausbau der Schuldnerberatungsstellen, um dem steigenden Beratungsbedarf bei der Einrichtung von P-Konten Rechnung tragen zu können.

Finanztransaktionssteuer beim G20-Gipfel in Cannes:

Außer Spesen nichts gewesen

Gemessen an den vollmundigen Ankündigungen des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy vor dem G20-Gipfel zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer hat sich der Gipfel ein weiteres Mal als Nullnummer erwiesen: Außer Spesen nichts gewesen!

Nullnummer G20-Gipfel

Zugegeben, die Euro-Rettung und die Aufregung um das griechische Referendum haben den Gipfel überlagert. In der Abschlusserklärung heißt es lapidar: „Wir erkennen die Initiativen zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in einigen unserer Staaten an.“

Mit dieser Erklärung haben es die G20-Staaten wieder einmal versäumt, ein klares Signal in Richtung Regulierung des Finanzmarktes zu senden. International blockieren insbesondere die USA und Großbritannien weiterhin.

Erfreulicherweise hat sich jedoch die

EU-Kommission nach langem Zögern Ende September zum Vorreiter für eine Finanztransaktionssteuer in Europa gemacht. Der [Richtlinienvorschlag](#) aus Brüssel ist ein Meilenstein – auch wenn es daran noch Detailkritik gibt, wie etwa am Fehlen einer Devisenbesteuerung.

Es ist zu befürchten, dass auch in Europa Länder wie Großbritannien, Schweden oder Tschechien weiterhin alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Finanztransaktionssteuer zu behindern. Damit verhindern sie auch eine Beteiligung der Finanzindustrie an den Krisenkosten.

International vorangehen

Die Eurozone muss deshalb international vorangehen. Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy sollten sich an ihren Ratschlag für die Griechen halten: Was zählt, sind nicht Versprechen, sondern Taten. Das gilt insbesondere für die Finanztransaktionssteuer.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Kurzmeldungen

+++ Am vergangenen Wochenende hat die schwarz-gelbe Koalition auf Druck der CSU die Einführung eines „Betreuungsgeldes“ beschlossen. Wer seine Kinder nicht in die Kita schickt, soll zukünftig 100 Euro für zweijährige und 150 Euro für dreijährige Kinder als sogenannte Herdprämie erhalten. 1,5 Milliarden Euro soll die katastrophal falsche Weichenstellung in der Familienpolitik kosten. Geld mit dem mehr als 40.000 neue Kita-Plätze finanziert werden könnten. +++

+++Seit über einem Jahr kämpft die SPD-Bundestagsfraktion darum, den Grauen Kapitalmarkt unter die Aufsicht der BaFin zu stellen und nicht bei den Gewerbebeamten zu belassen, die weder fachlich noch personell dazu in der Lage sind. Auf Druck der Lobby und mit Unterstützung des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums bleibt nun bei freien Finanzdienstleistern aber alles wie es ist. Auf der Strecke bleiben wieder einmal die Anleger. Meine Rede im Bundestag dazu gibt's [hier](#).+++

2. Norddeutschen Taxi- und Mietwagentag in Hannover eröffnet

Zum zweiten Mal hat am 5. November im Convention Center in Hannover der Norddeutsche Taxi- und Mietwagentag mit über 500 Teilnehmern stattgefunden. Ich habe die Einladung gerne angenommen, die Veranstaltung mit einer Rede zu eröffnen und anschließend am Fachforum mit dem Titel „Drohen Veränderungen bei der Mehrwertsteuer für Taxiunternehmen?“ teilzunehmen. Im Rahmen der Eröffnung habe ich zwei Taxiunternehmen mit dem Prüfzertifikat „Sicherheit in der Personenbeförderung“ ausgezeichnet.



Reduzierte Mehrwertsteuer erhalten

Veränderungen bei der Mehrwertsteuer, die Streichung von Ausnahmen werden immer wieder gefordert. Ein Subventionsabbau ist hier sicherlich richtig, doch auch nur dort, wo allein Einzelgruppen profitieren. Im Bereich der ermäßigten

Mehrwertsteuersätze im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), zu dem auch Taxis gehören, ist dies nicht der Fall. Daher habe ich auch im Forum deutlich gemacht, dass die Reduzierung der Mehrwertsteuer bei Taxifahrten erhalten bleiben muss. Denn die Ermäßigung ist in diesem Fall wohlbegründet: Taxifahrer übernehmen wichtige öffentliche Aufgaben, wie die Beförderung von Patienten und kranken Menschen. Deshalb ist eine steuerliche Bevorzugung gegenüber Mietwagen gerechtfertigt.

Die Taxi- und Mietwagenunternehmer aus sieben Bundesländern trafen sich in Hannover, um sich in einer Fachausstellung über Dienstleistungen und Produkte für die Branche informieren zu lassen. Außerdem wurden verschiedene Foren angeboten, um über aktuelle Themen zu diskutieren, die das Taxi- und Mietwagengewerbe betreffen.

Besuchergruppen aus Bremen im September und Oktober

In den vergangenen zwei Monaten haben mich erneut eine Reihe von Gruppen aus meinem Bremer Wahlkreis in Berlin besucht, um sich über meine Arbeit als Abgeordneter in Berlin, aber auch über Politik und Arbeitsweise des Bundestages im Allgemeinen zu informieren. Im persönlichen Gespräch habe ich Ihnen von meinem Alltag, meinen Erfahrungen der letzten zwei Jahre im Bundestag berichtet, aber auch meine Haltung zu aktuellen politischen Themen dargestellt.



Zusammen mit den Teilnehmern der dritten diesjährigen Informationsfahrt für politisch Interessierte.

Begrüßen konnte ich unter anderem eine Gruppe des Sozialverbands Bremen, die Schwerbehindertenvertretung und den Betriebsrat des Mercedes-Benz-Werks Bremen sowie eine international besetzte Gruppe von Studenten der Jacobs Universität Bremen.

Auch mit den Teilnehmer der dritten diesjährigen Informationsfahrt für politisch Interessierte aus meinem Bremer Wahlkreis habe ich mich zum Gespräch getroffen.

Auf diesem Wege noch einmal herzlichen Dank an alle Besucher für ihr Interesse!



Dr. Carsten Sieling, MdB

Einladung zur Veranstaltung „Staatsschulden - Finanzkrise“

Zahlen Arbeit-nehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche der Euro-Krise? Diese Frage möchten wir auf einer Veranstaltung am kommenden

**Dienstag, 15.
November,
von 16 bis 18 Uhr im
DGB-Haus,
Bahnhofsplatz 22**

mit Ihnen diskutieren.

Den Impulsvortrag hält **Dierk Hierschel**, Chef-Ökonom von Verdi. Auf dem Podium debattieren mit ihm die Betriebsräte **Klaus Hering** von ArcelorMittal Bremen und **Uwe Schmidt** vom Gesamthafenbetriebsverein sowie **Elke Heyduck**, Geschäftsführerin der Arbeitnehmerkammer.

Anmeldungen bitte per E-Mail an carsten.sieling@wk.bundestag.de, per Telefon unter 0421/3501825 oder online [hier](#).

Potenziale ausschöpfen in Richtung Vollbeschäftigung

Mit der Frage nach dem Fachkräftemangel beschäftigte sich unsere Fraktion vor Ort Veranstaltung am 10. Oktober in den Räumen der IPS GmbH. Ein wichtiges Thema, das auf dem Podium die Bremer DGB-Vorsitzende Annette Düring, der Geschäftsführer des Bremer Jobcenters, Helmut Westhoff, der Vorstandsvorsitzender der BTC AG, Bülent Uzuner, und Ursula Staudinger, Professorin an der Jacobs University Bremen, engagiert diskutierten.

Staudinger beschäftigte sich in ihrem Impulsvortrag mit dem Zusammenhang von Fachkräftemangel und demografischem Wandel. Im Fokus hatte sie dabei die Frage, wie bei der wachsenden Gruppe der über 55-Jährigen die Erwerbsbeteiligung gesteigert werden kann. Wichtig seien wechselnde Lebensphasen von Arbeit, Bildung und Auszeiten sowie der Wechsel in andere Tätigkeiten, wenn im bisherigen Job die Anforderungen nicht mehr zu bewältigen sind. „Die Arbeit für den Menschen passend zu machen, das ist die Aufgabe der nächsten Jahre.“



Auf dem Podium (von links) Bülent Uzuner, Annette Düring, Carsten Sieling und Helmut Westhoff.

Eine Vision, die bei Düring auf Zustimmung traf. „Die Realität sieht jedoch so aus, dass die Leute aussortiert werden, wenn sie ihren Job nicht mehr schaffen.“ Westkamp erklärte, „dass wir einen Sektor von öffentlicher Beschäftigung für die Menschen brauchen,

die es nicht oder noch nicht in den ersten Arbeitsmarkt schaffen.“ Wie Unternehmen auf den Bedarf an Fachkräften reagieren können, skizzierte Uzuner. Sie müssten aktiv werden, in die Schulen und Universitäten gehen und natürlich

attraktive Arbeitgeber sein.

Für mich stehen zwei Punkte im Fokus. Wir brauchen intelligente Lösungen, um das vorhandene Potenzial an Fachkräften zu heben: bei Jugendlichen, Frauen und älteren Langzeitarbeitslosen. Und wir müssen mit aller Kraft eine Spaltung des Arbeitsmarktes verhindern. Das geht nur, wenn wir allen Menschen einen Schulabschluss und eine Berufsausbildung ermöglichen – gerade auch als zweite Chance für Jugendliche, die Schule oder Lehre abgebrochen haben.

Zukunftsbranche Kultur- und Kreativwirtschaft fördern

Die Zukunftsbranche der Kultur- und Kreativwirtschaft gilt es in Bremen verstärkt zu fördern. Denn die Kreativen schaffen nicht nur selbst immer mehr Beschäftigung, sondern können auch Treiber von Innovationen sein, etwa für die Luft- und Raumfahrt oder die Automobilindustrie.

Seit meiner Zeit als Bremer Fraktionschef baue ich die Kontakte in diesen Bereich aus. Jüngst habe ich mit Christoph Backes von den Ideenlotsen, die Kreative in Sachen Firmengründung betreuen, darüber gesprochen, wie die hiesigen Erfahrungen in die Arbeit der Bundestags-

fraktion einzubringen sind. Die hat sich im Projekt „Kreativpakt“ das Ziel gesetzt, gemeinsam mit Protagonisten der Branche gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu erarbeiten. Dazu zählen Fragen des Urheberrechts und Angebote für Kreative, um Unabhängigkeit und Flexibilität mit sozialer Sicherheit in Einklang zu bringen. Und im Gespräch mit dem Vorstand des Bremer Kommunikationsverbandes ging es darum, wie Kreative den Blick schärfen können für ein Standortmarketing, dass den hiesigen Unternehmen Branchen übergreifend bei der Suche nach Mitarbeitern hilft.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Terminübersicht - Achtung! Termine können sich auch kurzfristig ändern. Die jeweils aktuellsten Termininformationen finden Sie auf meiner [Homepage](#).

Freitag,	11.11.,	07.30 Uhr:	Finanzpolitisches Frühstück des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft,	Berlin
		09.00 Uhr:	Plenum Deutscher Bundestag	Berlin
		11.00 Uhr:	Gespräch mit Besuchergruppe der IG Bauen-Agrar-Umwelt Bremen,	Berlin
		12.00 Uhr:	Gremium Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin),	
Montag,	14.11.,	13.00 Uhr:	Gespräch beim Kulturhof Peterswerder,	Bremen
		17.00 Uhr:	Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages, Stadtbibliothek,	Bremen
		17.30 Uhr:	Wilhelm-Kaisen-Bürgermahl, Rathaus,	Bremen
		20.00 Uhr:	Sprecherkreis der SGK-Metropolregion,	Bremen
Dienstag,	15.11.,	10.00 Uhr:	Praxistag beim Projekt „PickUp“ der St.-Petri Kinder- und Jugendhilfe,	Bremen
		16.00 Uhr:	SPD-Bundestagsfraktion vor Ort: Betriebs- und Personalrätekonferenz „Staatsschulden- Finanzkrise“, DGB-Haus,	Bremen
Mittwoch,	16.11.,	11.00 Uhr:	Besuch einer Kunstaussstellung von Stefan Skiba, Villa Ichon	Bremen
		19.00 Uhr:	Veranstaltung „Das Viertel isst“, Gemeindehaus der Evangelischen Friedenskirche Bremen,	Bremen
Donnerstag,	17.11.,	09.30 Uhr:	Vorlesen in der Kindertagesstätte St. Georg,	Bremen
		19.00 Uhr:	Referat zur Euro-Finanzkrise auf öffentlicher Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Bremen-Burglesum, Gaststätte „Lesumer Hof“,	Bremen
Freitag,	18.11.,	18.30 Uhr:	SPD-Bundestagsfraktion vor Ort zur Steuerpolitik in Eschwege gemeinsam mit Michael Roth, MdB,	Eschwege
Montag -	21.11.-		Sitzungswoche des Deutschen Bundestages,	Berlin
Freitag,	25.11.,		2./3. Lesung des Haushaltsgesetzes ,	
Montag,	21.11.,	18.00 Uhr:	Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion,	Berlin
Dienstag,	22.11.,	13.30 Uhr:	Mittagstisch der Parlamentarischen Linken,	Berlin
		18.30 Uhr:	Parlamentarischer Abend WindPowerCluster,	Berlin
		19.30 Uhr:	Gespräch der Landesgruppen Niedersachsen / Bremen mit AWO-Vertretern,	Berlin
Mittwoch,	23.11.,	09:00 Uhr	Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2012 im Plenum	Berlin
		18.00 Uhr:	Teilnahme an Podiumsdiskussion der SPD Cambridge am Trinity College,	Cambridge
Freitag,	25.11.,	09.00 Uhr:	Teilnahme am Workshop zur Finanztransaktionssteuer bei Konferenz der PES in Brüssel,	Brüssel
		16.30 Uhr:	Arbeitskreis Wirtschaft, Finanzen, Steuern der SPD Bremen,	Bremen
		19.00 Uhr:	Fest des Alumni-Netzwerks der Universität Bremen, Uni-Mensa,	Bremen
Sonntag,	27.11.,	11.00 Uhr,	Vorbereitung Bundesparteitag der SPD-Linken	Berlin
Montag -	28.11.-		Sitzungswoche des Deutschen Bundestages	Berlin
Freitag,	2.12.,			
Mittwoch,	30.11.,	13.00 Uhr:	Öffentliche Anhörung des Finanzausschusses zur Finanztransaktionssteuer,	Berlin
Sonntag -	4.12. -		SPD-Bundesparteitag	Berlin
Montag -	12.12.-		Sitzungswoche des Deutschen Bundestages	Berlin
Freitag,	16.12.,			